

Claußen, Catharina; Maidl, Christoph; Pfingsten, Andreas; Woyand, Corinna

**Article**

## Zinsänderungsrisiken von Kreditinstituten im aktuellen Niedrigzinsumfeld

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Claußen, Catharina; Maidl, Christoph; Pfingsten, Andreas; Woyand, Corinna (2016) : Zinsänderungsrisiken von Kreditinstituten im aktuellen Niedrigzinsumfeld, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 1861-1559, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 85, Iss. 1, pp. 45-64, <https://doi.org/10.3790/vjh.85.1.45>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170587>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

# Zinsänderungsrisiken von Kreditinstituten im aktuellen Niedrigzinsumfeld

CATHARINA CLAUSSEN, CHRISTOPH MAIDL, ANDREAS PFINGSTEN UND CORINNA WOYAND\*

---

Catharina Claußen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster. E-Mail: catharina.claussen@wiwi.uni-muenster.de  
Christoph Maidl, Westfälische Wilhelms-Universität Münster. E-Mail: christoph.maidl@wiwi.uni-muenster.de  
Andreas Pfingsten, Westfälische Wilhelms-Universität Münster. E-Mail: andreas.pfingsten@wiwi.uni-muenster.de  
Corinna Woyand, Westfälische Wilhelms-Universität Münster. E-Mail: corinna.woyand@wiwi.uni-muenster.de

---

**Zusammenfassung:** Im vorliegenden Beitrag wird untersucht, welche Auswirkungen die aktuelle Niedrigzinsphase auf Zinsänderungsrisiken von Kreditinstituten hat. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Bankensystems. Das Anlagebuch ist hinsichtlich dieser Risikoart besonders relevant, da hier für Zinsänderungsrisiken seitens der Regulierungsbehörden keine Eigenmittelunterlegung im Rahmen der ersten Säule gefordert wird. Die anhaltende Niedrigzinsphase kann erhebliche Implikationen für die Risikoübernahme von Kreditinstituten haben, da der Anreiz besteht, durch zunehmende Fristentransformation die geschmäleren Margen aufzubessern und folglich höhere Zinsänderungsrisiken in Kauf zu nehmen.

**Summary:** This paper analyzes how the current low-interest-rate environment affects the interest rate risk of banks. The study focuses on the interest rate risk in the banking book with particular emphasis on the German banking system. The banking book is especially relevant concerning this risk category because no capital is required according to Pillar 1 by regulatory authorities. Therefore, the persistently low interest rates can have substantial implications regarding the risk taking of credit institutions because banks may have an incentive to improve narrow margins by increasing maturity transformation and consequently taking more interest rate risk in search for higher yields.

→ JEL Classification: G18, G21

→ Keywords: Niedrigzinsphase, Zinsänderungsrisiko, Bankenregulierung

\* Wir danken einem Gutachter für wertvolle Hinweise, die zur Verbesserung der Arbeit beigetragen haben.

---

## I Einleitung

Die erheblichen Risiken, die von einer umfangreichen Fristentransformation ausgehen können, sind nicht unbekannt. Bereits in den 1980er-Jahren sahen sich die US-amerikanischen Banken im Rahmen der Savings-and-Loan-Krise mit einer sehr kritischen Entwicklung ihrer Zinsspanne konfrontiert. Der Zinsertrag ging in erster Linie aus den vielfach vergebenen Baufinanzierungen mit langfristig gebundenem Zinssatz hervor, während die Zinsaufwendungen stetig anstiegen, um kurzfristige Einlagen für Kapitalgeber attraktiv zu machen. Zwischen Juni 1982 und Dezember 1983 entwickelte sich die Zinsspanne sogar negativ, sodass die US-Sparkassen folglich höhere Zinsen zahlen mussten als sie verdienten (Kaufmann 2004: 14). In dem ohnehin schwierigen Umfeld geprägt durch Deregulierung einerseits, Vorschriften zur Zinsbindung andererseits sowie einen plötzlichen Ölpreisschock wurde ein großer Anteil der Kreditinstitute schließlich insolvent (White 2004: 20).

Obwohl sich die Savings-and-Loan-Krise in einem Umfeld steigender Zinsen ereignete, sind die Parallelen zu der Entwicklung im europäischen Bankensystem im aktuellen Niedrigzinsumfeld deutlich erkennbar. So ist der Ertragsdruck auf die Banken aufgrund der seit 2009 anhaltend niedrigen und zum Teil sogar negativen Kapitalmarktzinsen stetig gewachsen. Zwar profitieren Institute derzeit noch von den zu höheren Zinsen vergebenen langfristigen Krediten, doch sind die Margen des Kreditneugeschäfts bereits deutlich gesunken (Deutsche Bundesbank 2015b: 49). Mittelfristig wird das Bestandsgeschäft sukzessive durch das Neugeschäft ersetzt, wodurch die Zinserträge bei weiterhin niedrigem Zinsniveau stetig sinken werden.

Für das deutsche Bankwesen ist die Zinsmarge die zentrale Ertragskomponente des operativen Geschäfts (Deutsche Bundesbank 2015b: 48). Ein großer Teil der Zinserträge ergibt sich aus der von Banken übernommenen Fristentransformation, indem typischerweise kurzfristige Einlagen zur günstigen Refinanzierung genutzt werden, um langfristige, höher verzinsten Kredite zu vergeben (Mommel 2011: 287). Dabei gehen Kreditinstitute neben Liquiditätsrisiken gleichzeitig fundamentale Zinsänderungsrisiken (ZÄR) im Anlagebuch ein (Deutsche Bundesbank 2012: 56). Infolge der Niedrigzinsphase besteht für Banken verstärkt der Anreiz, durch zunehmende Fristentransformation höhere ZÄR einzugehen, um kostendeckende Margen zu erzielen (Schnabel 2014: 8). Ein schneller Zinsanstieg und eine daraus möglicherweise resultierende negative Zinsspanne können daher erhebliche Folgen für die Kreditwirtschaft haben.

Seitens der Regulierungsbehörden wurde bisher für ZÄR im Anlagebuch keine Eigenkapitalunterlegung im Rahmen der ersten Säule des Baseler Rahmenwerks vorgesehen, weshalb Mitte 2015 der Konsultationsprozess für eine mögliche Neuregulierung begann. Dieser wurde im April 2016 mit der Veröffentlichung der überarbeiteten Standards für ZÄR im Anlagebuch abgeschlossen. Der neue Standard sieht vor, die Regulierung in Säule 2 zu belassen, den Instituten allerdings konkretere Vorgaben zum Management von ZÄR im Anlagebuch und zu den Offenlegungspflichten zu geben. Diese gelten grundsätzlich nur für große international tätige Banken, jedoch ist es den Aufsichtsbehörden vorbehalten, die neuen Standards auch auf national tätige Institute anzuwenden (BCBS 2016). Eine obligatorische Eigenmittelunterlegung nach Säule 1 ist entgegen des vorangegangenen Konsultationspapiers nicht vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund wird in dem vorliegenden Beitrag untersucht, welche Auswirkungen das aktuelle Niedrigzinsumfeld auf die Ertragslage und die Bestandsfestigkeit deutscher Kreditinstitute haben kann. Im Folgenden wird zuerst in Abschnitt 2 grundlegend das traditionelle

Bankgeschäft behandelt. Ein besonderer Fokus wird dabei auf das Zinsergebnis durch Fristentransformation auf Grundlage des Einlagen- und Kreditgeschäfts gelegt. Anschließend werden in Abschnitt 3 die Entwicklungen im Zuge der Niedrigzinsphase unter besonderer Berücksichtigung von ZÄR im Anlagebuch erörtert. Insbesondere wird diskutiert, welche Geschäftsmodelle von den resultierenden Folgen besonders betroffen sind. Daraufhin werden in Abschnitt 4 mögliche Handlungsoptionen sowohl für Kreditinstitute als auch für Regulierungsbehörden hinsichtlich der Begrenzung potenziell steigender ZÄR im Anlagebuch abgeleitet, bevor Fazit und Ausblick (Abschnitt 5) die Arbeit schließen.

## 2 Grundlagen des Bankgeschäfts

Die Ertragskomponenten des operativen Geschäfts sind für deutsche Kreditinstitute der Zinsüberschuss, der Provisionsüberschuss und das Handelsergebnis sowie sonstige betriebliche Erträge (Deutsche Bundesbank 2015b: 48). Der Provisionsüberschuss resultiert in erster Linie aus Gebühren, die sich unmittelbar aus Dienstleistungen ergeben (zum Beispiel Kontoführung und Wertpapierschließfächer). Das Handelsergebnis hingegen entsteht aus dem Geschäft mit Finanzinstrumenten des Handelsbestandes. Die Sammelposition „Sonstige betriebliche Erträge“ beinhaltet beispielsweise das Ergebnis aus dem Leasinggeschäft oder der Fremdwährungsumrechnung (Hartmann-Wendels et al. 2015: 752 ff.).

Für deutsche Kreditinstitute ist gerade das Zinsgeschäft traditionell der wichtigste Bestandteil des Bankgeschäfts. Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, machte der Zinsüberschuss (Differenz von Zinserträgen und -aufwendungen) im Jahr 2014 rund 74,4 Prozent der gesamten operativen Erträge aller deutschen Bankengruppen aus.<sup>1</sup> Hingegen war ein vergleichsweise geringer Anteil von nur 24,6 Prozent dem Provisionsüberschuss zuzurechnen. Die anderen Ertragskomponenten waren von noch deutlich geringerem Stellenwert. Besonders für Sparkassen und Genossenschaftsbanken stellt das Zinsgeschäft, das für sie mit fast 80 Prozent der operativen Erträge die wichtigste Ertragsquelle ist, den Kern ihrer Geschäftstätigkeit dar. Für das Zinsergebnis ist das eng verknüpfte Kredit- und Einlagengeschäft von besonderer Bedeutung. Hierbei handelt es sich um Geschäftsvorgänge, die dem Anlagebuch zuzuordnen sind. Handelsbuchpositionen werden hingegen zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und/oder Zinsschwankungen gehalten (§ 1 Abs. 12 KWG).

Das Verhältnis des Zinsüberschusses zur Bilanzsumme wird als Zinsspanne (synonym: Zinsmarge) bezeichnet und kann sich aus unterschiedlichen Geschäftsvorgängen ergeben (Hartmann-Wendels et al. 2015: 666 f.). Grundsätzlich lässt sich in diesem Zusammenhang, wie durch Abbildung 1 illustriert wird, eine Unterscheidung von Konditionsbeitrag und Strukturbeitrag vornehmen. Die Konditionsmarge im Kundengeschäft ergibt sich in der Basisversion des Marktzinsmodells als Differenz zwischen dem Zinssatz eines Aktivgeschäfts und dem Vergleichszinssatz auf dem Geld- und Kapitalmarkt (GKM) beziehungsweise als Differenz zwischen dem GKM-Zinssatz und dem Zinssatz des Passivgeschäfts. Eine Strukturmarge kann hingegen erst bei einer nichtflachen Zinsstrukturkurve erzielt werden (Schierenbeck et al. 2014: 67 ff.).

<sup>1</sup> Es ist darauf hinzuweisen, dass hier auch Dividenden sowie Zinserträge aus Handelsbuchpositionen enthalten sein können. Jedoch macht das Zinsgeschäft auf Grundlage des Einlagen- und Kreditgeschäfts mit durchschnittlich 84,3 Prozent den wesentlichen Teil des Zinsergebnisses aus (Deutsche Bundesbank 2015: 44).

Tabelle 1

**Ertragskomponenten deutscher Bankengruppen in Prozent der operativen Erträge**

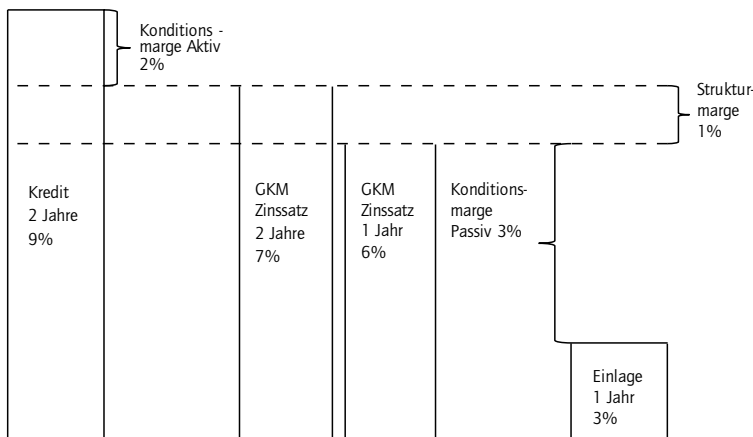
|  | Alle Bankengruppen | Großbanken | Regionalbanken | Sparkassen* | Kreditgenossenschaften* |
|--|--------------------|------------|----------------|-------------|-------------------------|
| Zinsüberschuss   | 74,4               | 64,8       | 69,0           | 79,8        | 79,2                    |
| Provisionsüberschuss                                       | 24,6               | 35,9       | 26,7           | 22,1        | 20,1                    |
| Nettoergebnis des Handelsbestandes                         | 3,0                | 8,3        | 1,9            | 0,0         | 0,0                     |
| Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen | -2,0               | -9,0       | 2,4            | -2,0        | 0,6                     |
| Operative Erträge  | 100,0              | 100,0      | 100,0          | 100,0       | 100,0                   |

\* Exklusive Zentralinstitute.

Quelle: Deutsche Bundesbank (2015: 48).

Abbildung 1

**Idee des Konditions- sowie des Strukturbeitrags in „bilanzähnlicher“ Darstellung\***



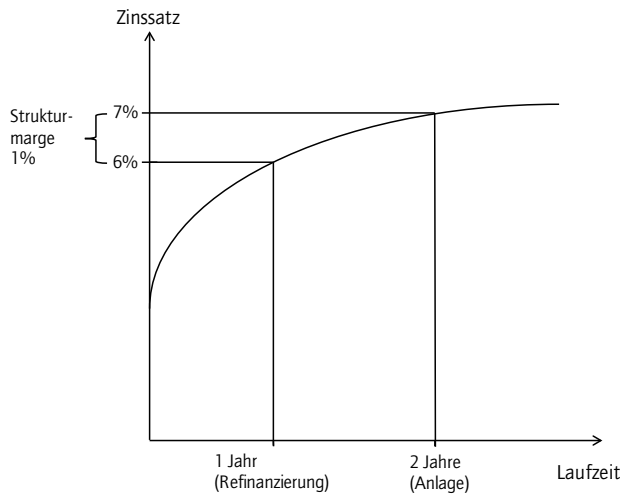
\*Eine detailliertere Darstellung des Zinsüberschusskalküls im Grundmodell der Marktzinsmethode lässt sich Schierenbeck et al. (2014: 78) entnehmen.

Quelle: Hartmann-Wendels et al. (2015: 670).

Wie aus Abbildung 2 deutlich wird, ergibt sich die Struktur- marge, indem Banken in ihrer Rolle als Finanzintermediäre eine volkswirtschaftlich wünschenswerte Fristentransformationsfunktion übernehmen. Dabei dienen kurzfristige und hochliquide Passiva (zum Beispiel Einlagen) zur günstigen Refinanzierung höher verzins- ter und illiquiderer Aktiva (zum Beispiel Kredite).

Abbildung 2

### Idee des Strukturbeitrags anhand einer normalen Zinsstrukturkurve



Quelle: Hartmann-Wendels et al. (2015: 671), in Anlehnung an Levey (2008: 12).

Folglich stimmt die Fristigkeitsstruktur von Aktiv- und Passivseite zumeist nicht überein, womit gleichzeitig fundamentale bankgeschäftliche Risiken, insbesondere Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken, einhergehen (Hartmann-Wendels et al. 2015: 12 f.).

Im deutschen Bankensystem hat die aus Fristentransformation erzielte Struktur- und Zinsmarge generell eine hohe Bedeutung. So zeigt eine Studie der Deutschen Bundesbank, dass im Jahr 2012 über ein Drittel des Zinsüberschusses (34,9 Prozent) durch Fristentransformation erwirtschaftet wurde (Busch und Memmel 2014: 14). Dies lässt sich besonders für Sparkassen und Genossenschaftsbanken feststellen, die im Zeitraum 2005 bis 2009 im Median eine Zinsmarge von rund 30 Basispunkten aus Fristentransformation erzielten. Hingegen lag der Medianwert von privaten Banken bei nur 6,9 Basispunkten (Mommel 2011: 287).

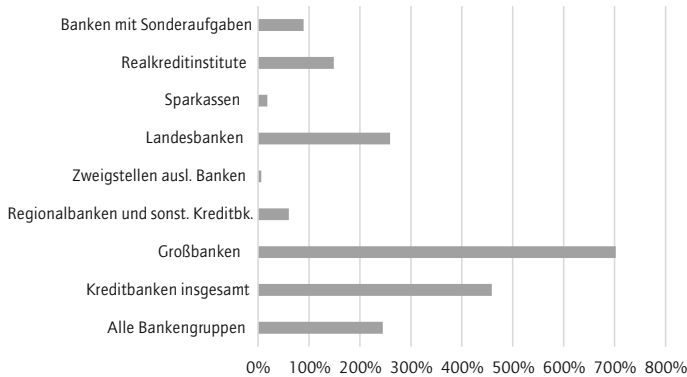
Folglich stellt das in diesem Beitrag schwerpunktmäßig betrachtete ZÄR im Anlagebuch eine wesentliche Risikoart insbesondere für die hauptsächlich aus kleinen und mittelgroßen Banken bestehenden Sparkassen- und Genossenschaftssektoren dar. Denn erhöhen sich die Zinsen zukünftig, sind Banken an die langfristigen, derzeit verhältnismäßig niedrigen Kreditzinsen gebunden, während die zur Refinanzierung genutzten, kurzfristigen Einlagen teurer werden. So könnte bei einer erheblichen Zinserhöhung die Zinsmarge sogar negativ werden (Schnabel 2014: 8).

Die Risiken, die für Banken aus Zinsänderungen resultieren können, lassen sich mithilfe von Zinsderivaten absichern (Hedging). So können ZÄR beispielsweise durch Zinsswaps auf Gegenparteien übertragen werden. Hierbei werden Zahlungsströme, klassischerweise fixe gegen variable Zinsen, bilateral getauscht. In der Regel werden nicht der Nennbetrag, sondern lediglich die Zinszahlungen zwischen den Vertragsparteien ausgetauscht. Bei einem sogenannten Payer-Swap werden fixe Zinsen gezahlt und im Gegenzug variable Zahlungen in Abhängigkeit vom Ka-

Abbildung 3

**Zinsswap-Geschäfte in Prozent der Bilanzsumme**

Im Durchschnitt (arithmetisches Mittel) im Jahr 2015



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Bundesbank, Statistisches Beiheft 1 zur Bankenstatistik, Oktober 2015. (Angaben zum genossenschaftlichen Bankensektor sind nicht verfügbar.)

pitalmarktzinssatz (zum Beispiel LIBOR) erhalten. Der umgekehrte Fall wird als Receiver-Swap bezeichnet (Branger und Schlag 2004: 23 f.). Kreditinstitute können mit Zinsswaps zum Beispiel Festzinsüberhänge reduzieren und sich schlussendlich gegen einen zukünftigen Anstieg des Zinsniveaus absichern (Hartmann-Wendels et al. 2015: 591 f.). Natürlich bedeutet dies, dass auf (riskante!) Erträge aus dem Strukturbeitrag verzichtet wird.

Nicht jede Bank beziehungsweise Bankengruppe nutzt gleichermaßen derivative Instrumente für ihr Zinsrisikomanagement. Eine Übersicht der durchschnittlichen Zinsswap-Geschäfte im Jahr 2015 in Prozent der Bilanzsumme ist Abbildung 3 zu entnehmen. Es wird deutlich, dass Kreditbanken, insbesondere Großbanken, in einem erheblich höheren Maße Swaps nutzen. Der recht deutliche Unterschied liegt auch darin begründet, dass Swap-Geschäfte für Handelsbuchpositionen enthalten sind, die für Großbanken von weitaus größerer Bedeutung sind. So betreiben zum Beispiel viele Sparkassen keinen Handel. Speziell ZÄR im Anlagebuch sichern Kreditbanken laut der Deutschen Bundesbank (2015c: 24) größtenteils ab. Für kleinere Banken mögen Gründe für den geringeren Einsatz von Swaps möglicherweise fehlendes Know-how oder auch Skepsis beim Bankvorstand gegenüber Derivaten im Allgemeinen sein (Hartmann-Wendels et al. 2015: 593).

Trotz eines möglichen Hedgings von ZÄR ist kritisch anzumerken, dass gleichzeitig Risiken aus einer Konzentration bei einzelnen Gegenparteien resultieren können (Deutsche Bundesbank 2015c: 24). In diesem Zusammenhang betont Hellwig (1994: 1364), dass sich ZÄR im Gegensatz zu einigen anderen Risikoarten nicht diversifizieren lassen, da die Schwankungen der Zinssätze stets auf die gesamte Makroökonomie wirken. Zwar kann das aus Zinsänderungen resultierende Bewertungsrisiko von langfristigen Aktiva auf Gegenparteien übertragen oder geteilt, nicht aber

beseitigt werden. Folglich entsteht aus der Absicherung zusätzliches Kontrahentenrisiko, das zudem mit dem ZÄR korreliert (Hellwig 1994: 1386).<sup>2</sup> Diese Überlegungen weisen auch darauf hin, dass in der aktuellen Situation möglicherweise relativ wenig Interesse bestehen könnte, die Absicherung von ZÄR zu übernehmen. Zumindest könnte dadurch die oben beschriebene Absicherung teurer werden.

Im Zusammenhang mit einer umfangreichen Fristentransformation sind allgemein nicht nur ZÄR zu berücksichtigen. Eine wichtige, im Zuge von Basel III beschlossene Regulierungsmaßnahme zur Einschränkung von strukturellen Liquiditätsrisiken ist die Net Stable Funding Ratio (NSFR). Die voraussichtlich ab 2018 als Mindeststandard verbindlich geltende Kennzahl schreibt eine fristenkongruente langfristige Refinanzierung der vergebenen Kredite vor. Sie setzt den verfügbaren Refinanzierungsbetrag für einen Zeithorizont von mindestens einem Jahr ins Verhältnis zum erforderlichen Betrag. Das Verhältnis muss zwingend größer beziehungsweise gleich 1 sein (BCBS 2014). Durch diese Gegensteuerungsmaßnahme wird zwar generell die Ausübung von Fristentransformation begrenzt, doch richtet sie sich nicht primär auf die Eingrenzung von ZÄR, sondern auf Liquiditätsrisiken.<sup>3</sup>

Welche Auswirkungen die Niedrigzinsphase bisher auf die Ertragslage und Risikotragfähigkeit deutscher Universalbanken hatte, wird im nächsten Abschnitt ausführlicher beschrieben. Mögliche Handlungsoptionen aus Sicht der Banken sowie Regulatoren werden anschließend diskutiert.

### 3 Aktuelle Herausforderungen

Im Jahr 2014 zeigte sich die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute robust. Bei leicht rückläufiger Bilanzsumme stiegen die operativen Erträge der Kreditinstitute im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent auf 121,5 Milliarden Euro. Wie in Abschnitt 2 detailliert dargelegt wurde, war der wichtigste Bestandteil dabei, besonders für Sparkassen und Genossenschaftsbanken, der Zinsüberschuss. Trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase stieg der Zinsüberschuss im deutschen Bankensystem im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Prozent auf 90,4 Milliarden Euro beziehungsweise gemessen am Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme von 1,01 Prozent auf 1,10 Prozent. Neben der günstigen Refinanzierung durch die reichliche Liquiditätsversorgung des Eurosystems, ist diese Entwicklung darauf zurückzuführen, dass Banken ihre Fristentransformation weiter erhöht und das Volumen der ausgegebenen Kredite ausgeweitet haben (Deutsche Bundesbank 2015b: 43). Da in diesem Beitrag primär die Implikationen der Niedrigzinsphase für die Risikoübernahme der Kreditinstitute untersucht werden, sind insbesondere die beiden letztgenannten Aspekte relevant. Im Folgenden werden diese genauer erläutert und ihre Konsequenzen für die Banken in Deutschland aufgezeigt. Abschließend werden die Ergebnisaussichten und die Widerstandsfähigkeit kleiner und mittelgroßer Institute näher beleuchtet.

<sup>2</sup> Es ist anzumerken, dass in dem Modell von Hellwig (1994) lediglich ein Land und eine Währung betrachtet werden. Eine internationale Diversifikation über verschiedene Währungen kann möglich sein, wobei jedoch deren gemeinsame Schwankungen zu berücksichtigen sind.

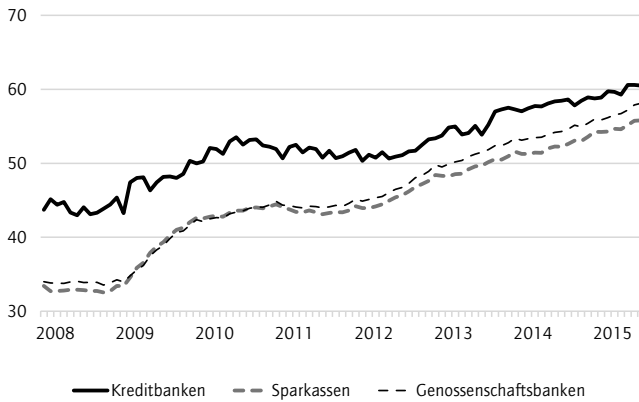
<sup>3</sup> Das ZÄR wird durch die NSFR nicht zwingend geringer. Beispielsweise können langfristige Kredite mit fixen Zinsen durch Einlagen finanziert werden, die eine lange Laufzeit, aber variable Zinsen haben („Floater“).



Abbildung 4

### Anteil der Sichteinlagen an den gesamten Einlagen und aufgenommenen Krediten von Nichtbanken

In Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Bundesbank, Statistisches Beiheft zur Bankenstatistik, diverse Ausgaben.

### 3.1 Erhöhung der Fristentransformation

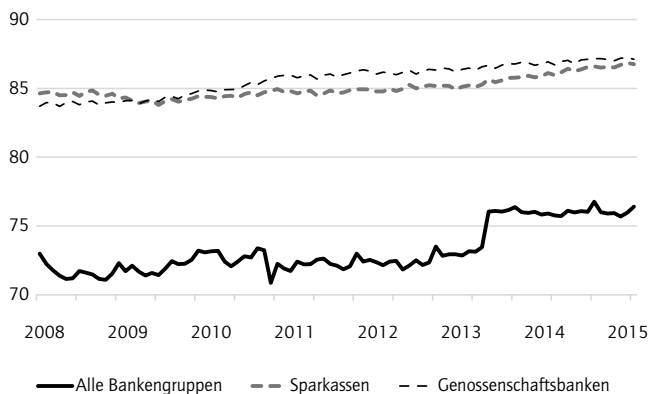
In den vergangenen Jahren ließ sich eine Erhöhung der Fristentransformation im deutschen Bankensystem beobachten. Auf der Passivseite kam es dabei zu einer Laufzeitverkürzung, die hauptsächlich auf eine Umschichtung innerhalb der Einlagen zurückzuführen ist. Für Kreditinstitute haben Einlagen im Zuge der Finanzkrise gegenüber der Kapitalmarkt- und Interbankenfinanzierung merklich an Bedeutung gewonnen, da sie ein kostengünstiges und trotz der kurzfristigen Kündbarkeit bislang stabiles Refinanzierungsinstrument darstellen. Dies liegt darin begründet, dass Einleger auch in Krisenzeiten zumeist nicht ihr gesamtes Kapital abheben (Bodensatztheorie). Darüber hinaus dürften nach der Finanzkrise die deutschen Privathaushalte durch Neubildung von Geldvermögen und durch Vermögensumschichtungen, weg von Aktien und Anleihen hin zu Einlagen, zur verstärkten Einlagenfinanzierung der Banken beigetragen haben (Deutsche Bundesbank 2015a: 41 f.). Aufgrund der anhaltend niedrigen Zinssätze über sämtliche Laufzeiten hinweg wurden befristete Einlagen nun verstärkt in täglich fällige Sichteinlagen umgeschichtet. Wie in Abbildung 4 ersichtlich, ist deren Anteil an den gesamten Einlagen insbesondere bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken von Ende 2007 bis Mitte 2015 angestiegen.

Die geringere Verzinsung von Sichteinlagen im Vergleich zu Termineinlagen wirkt sich positiv auf die Refinanzierungskosten der Banken aus. Jedoch können diese Einlagen prinzipiell jederzeit abgezogen werden, was grundsätzlich ein erhöhtes Liquiditätsrisiko bedeutet. Darüber hinaus ist diese Einlagenart nicht direkt, sondern nur indirekt über die Konditionengestaltung steuerbar (Deutsche Bundesbank 2015b: 47 f.).

Abbildung 5

**Buchkredite an Nichtbanken: Anteil mit Laufzeit über fünf Jahren**

In Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Bundesbank, Statistisches Beiheft zur Bankenstatistik, diverse Ausgaben.

Gleichzeitig trug die Ausweitung der Laufzeiten im Kreditgeschäft auf der Aktivseite zu einer Erhöhung der Fristentransformation bei (Deutsche Bundesbank 2015c: 33). Abbildung 5 zeigt die Entwicklung des Anteils der Buchkredite mit einer Laufzeit von über fünf Jahren an den gesamten an Nichtbanken vergebenen Buchkrediten.

*Auswirkungen auf das Zinsänderungsrisiko*

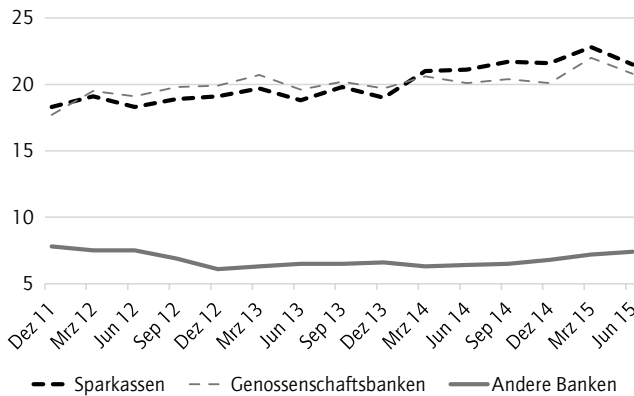
Wie in Abschnitt 2 erläutert, geht mit der nunmehr umfangreicheren Fristentransformation auch ein entsprechend höheres ZÄR einher. Gemessen wird dieses im Aufsichtsrecht durch den Baseler Zinsrisikokoeffizienten, der vierteljährlich an die Deutsche Bundesbank zu berichten ist. Hierbei ermitteln Institute auf Basis ihrer internen Modelle den Barwertverlust der Zinspositionen im Anlagebuch, der bei einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte (nach unten und nach oben) entsteht.<sup>4</sup> Überschreitet dieser Barwertverlust 20 Prozent der regulatorischen Eigenmittel, werden diese Institute als „Institute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ eingestuft (Deutsche Bundesbank 2012: 59 f.). Nach den neuen Standards des Baseler Ausschusses zu ZÄR im Anlagebuch werden sechs unterschiedliche Szenarien zur Entwicklung der Zinsstrukturkurve unterstellt, die neben einer Parallelverschiebung auch einen Anstieg beziehungsweise eine Abflachung sowie eine Drehung der Zinsstrukturkurve beinhalten. Gemäß den neuen Standards hat ein Kreditinstitut ein erhöhtes ZÄR bei einem Barwertverlust von 15 Prozent des Kernkapitals in einem der sechs Szenarien (BCBS 2016). Obwohl ein Überschreiten des Schwellenwertes keine direkten Konsequenzen nach sich zieht, dient er der Aufsicht als Indikator, um Institute mit vergleichsweise hohen ZÄR zu identifizieren (Deutsche Bundesbank 2012: 62 f.).

4 Wird die Zinsstrukturkurve steiler, kann sich der Barwerteffekt noch vergrößern.

Abbildung 6

**Arithmetisches Mittel des Baseler Zinsrisikokoeffizienten**

In Prozent



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Deutsche Bundesbank (2015c: 34).

Die oben angeführte Erhöhung der Fristentransformation ging auch mit einer entsprechenden Erhöhung des Baseler Zinsrisikokoeffizienten deutscher Kreditinstitute einher. Wie in Abbildung 6 ersichtlich ist, stieg dieser insbesondere für Sparkassen und Genossenschaftsbanken im Zeitablauf von Ende 2011 bis Mitte 2015.

Lag der Zinsrisikokoeffizient im arithmetischen Mittel für Sparkassen Ende 2011 noch bei 18,3 Prozent, so ist er bis Mitte 2015 auf 21,5 Prozent gestiegen (im ersten Quartal 2015 lag er sogar bei 22,8 Prozent). Für die Genossenschaftsbanken zeigt sich ein ähnliches Bild. Hier stieg der Zinsrisikokoeffizient im selben Zeitraum von 17,7 Prozent auf 20,8 Prozent. Für sämtliche anderen Kreditinstitute in Deutschland hat sich diese Kennziffer kaum verändert und lag im Beobachtungszeitraum in einem Korridor zwischen sechs Prozent und acht Prozent, was darauf zurückzuführen ist, dass diese Institute, wie bereits in Abschnitt 2 beschrieben, ihre ZÄR größtenteils absichern (Deutsche Bundesbank 2015c: 24).

Gemäß dem Baseler Rahmenwerk müssen ZÄR im Anlagebuch nicht mit Eigenkapital der Säule 1 unterlegt werden, eine Berücksichtigung dieser Risikoart erfolgt lediglich im Rahmen der Säule 2. Auch nach den neuen Standards des Baseler Ausschusses zu ZÄR im Anlagebuch wird dies unverändert bleiben (BCBS 2016). Ein wichtiger Aspekt hinsichtlich des Baseler Zinsrisikokoeffizienten ist deshalb, dass die ausgewiesenen ZÄR im Anlagebuch eines Instituts nicht isoliert betrachtet werden, sondern im Kontext der gesamten Risikotragfähigkeit zu sehen sind. Sofern ein Institut in der Gesamtschau über eine angemessene Risikotragfähigkeit verfügt, können Institute auch erhöhte ZÄR eingehen (Deutsche Bundesbank 2012: 63). Aufgrund der fehlenden Säule 1 Kapitalanforderungen und der schwachen Konsequenzen einer erhöhten Risikoübernahme, liegt die Vermutung nahe, dass Institute, die sich ihrem vorhandenen Eigenkapital mit nähern, verstärkt ZÄR im Anlagebuch eingehen, um zusätzliche Erträge bei gleichzeitiger Einhaltung der Mindestkapitalanforderungen zu generieren (Deutsche Bundesbank 2014b: 39).

### 3.2 Volumenausweitung der Kreditvergabe

Wie eingangs erwähnt, hat nicht nur die erhöhte Fristentransformation, mit der eine Stabilisierung der Strukturmargin sowie gleichzeitig eine Erhöhung des ZÄR einherging, sondern auch die Volumenausweitung der Kreditvergabe zu einer Stabilisierung der Zinserträge deutscher Kreditinstitute beigetragen. Das Kreditvolumen an inländische Unternehmen und Privatpersonen ist Mitte 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt über alle Bankengruppen um 1,9 Prozent gestiegen. Bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken hat es sich sogar um 2,9 Prozent beziehungsweise 4,6 Prozent erhöht.

#### *Auswirkungen auf das Ausfallrisiko*

Falls im Zuge dieser Volumenausweitung die Kreditvergabestandards abgesenkt wurden, um im Niedrigzinsumfeld mehr Kredite vergeben zu können, so steigt für die Institute auch das Kreditausfallrisiko. Wird das durchschnittliche Risikogewicht des Vorjahres als Kriterium zur Identifizierung einer gelockerten Kreditvergabepaxis und eines damit einhergehenden erhöhten Kreditausfallrisikos herangezogen, so ist eine differenzierte Betrachtung erforderlich. Denn falls der Bonitätseinschätzung der Point-in-Time-Ansatz zugrunde liegt, werden die positiven Entwicklungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des vergangenen Jahres, bei sonst gleichbleibenden Merkmalen der Kreditnehmer, durch geringere Risikogewichte abgebildet. Der Through-the-Cycle-Ansatz, der konjunkturelle Einflüsse ausklammert, ist vor dem Hintergrund der Aussagefähigkeit der durchschnittlichen Risikogewichte auf die Kreditvergabestandards besser geeignet.

In ihrem Finanzstabilitätsbericht 2015 sieht die Deutsche Bundesbank bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken anhand der durchschnittlichen Risikogewichte derzeit keine Anzeichen für eine verstärkte Risikoübernahme aus dem Kreditgeschäft. In der Untersuchung verwenden 99 Prozent der Sparkassen und 95 Prozent der Genossenschaftsbanken den Kreditrisiko-Standardansatz, sodass die aus den Risikogewichten abgeleitete Einschätzung der Deutschen Bundesbank zu den Kreditvergabestandards angebracht sein dürfte. Die Risikogewichte für Forderungen gegenüber Privatpersonen werden dabei pauschal angesetzt. Jene gegenüber Unternehmen leiten sich aus externen Ratings ab, die wiederum hauptsächlich auf dem Through-the-Cycle-Ansatz basieren. Das Risikogewicht ist im Vergleich zum Vorjahr für Unternehmen bei Sparkassen um einen Prozentpunkt zurückgegangen und bei Genossenschaftsbanken gleich geblieben. Im Mengengeschäft, das die Kreditvergabe an Privatkunden beinhaltet, ist diese Kennziffer bei Sparkassen um vier Prozentpunkte und bei Genossenschaftsbanken um vier Prozentpunkte gesunken (Deutsche Bundesbank 2015c: 35).

Auch eine gesonderte Betrachtung des privaten Wohnungsbaus, der im Jahr 2015 knapp 50 Prozent der inländischen Kreditvergabe an private Haushalte und Unternehmen ausmachte, lässt keine erhöhte Risikoübernahme erkennen. So liefert eine Sonderumfrage der Bundesbank zur privaten Wohnimmobilienfinanzierung über den Zeitraum 2009 bis 2013 keine Hinweise auf eine Lockerung der Kreditvergabestandards und auch die Ergebnisse des aktuellen Bank Lending Survey des Eurosystems (Stand April 2016) zeigen ein ähnliches Bild. Vielmehr wurden die Kreditrichtlinien für Wohnungsbaukredite an private Haushalte seit 2009 tendenziell eher verschärft als gelockert (Deutsche Bundesbank 2015c: 34 f.).

Tabelle 2

### Auswirkungen auf das aggregierte Ergebnis vor Steuern in Prozent der Bilanzsumme

| Szenario                              | Planszenario      | Niedrigzinsumfeld         | Positiver Zinsschock  | Negativer Zinsschock (statisch) | Negativer Zinsschock (dynamisch) |
|---------------------------------------|-------------------|---------------------------|-----------------------|---------------------------------|----------------------------------|
| Bilanzstruktur                        | Dynamisch         | Statisch (per 31.12.2014) |                       |                                 | Dynamisch                        |
| Zinsstruktur                          | Institutsannahmen | konstant per 31.12.2014   | +200bp per 31.12.2014 | -100bp per 31.12.2014           | -100bp per 31.12.2014            |
| Relative Änderung 2019 gegenüber 2014 | -25 Prozent       | -50 Prozent               | -10 Prozent           | -75 Prozent                     | -60 Prozent                      |

Das Planszenario spiegelt die internen Zinserwartungen für alle Laufzeitpunkte der Zinsstrukturkurve der Kreditinstitute wider, während in Bezug auf die Zinsschockszenarien eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve angenommen wurde.

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Deutsche Bundesbank und BaFin (2015).

Gemäß den angeführten Untersuchungen kam es also infolge der Niedrigzinsphase bislang zu keiner Erhöhung des Ausfallrisikos. Allerdings plant laut einer Umfrage der Deutschen Bundesbank rund ein Viertel aller Sparkassen und Genossenschaftsbanken ihre Kreditvergabestandards anzupassen, falls das Niedrigzinsumfeld weiter anhalten sollte (Deutsche Bundesbank 2015c: 35).

### 3.3 Ergebnisaussichten und Widerstandsfähigkeit kleiner und mittelgroßer Institute

Die anhaltende Niedrigzinsphase belastet insbesondere kleine und mittelgroße Banken, die einen hohen Anteil ihrer Ergebnisse durch den Zinsüberschuss generieren. Um die Ergebnisaussichten und die Widerstandsfähigkeit dieser Institute im aktuellen Niedrigzinsumfeld einzuschätzen, haben die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eine Umfrage unter rund 1 500 kleinen und mittelgroßen Banken (Less Significant Institutions, LSI) durchgeführt, bei der eine Einschätzung über die Ertragsentwicklung von 2014 bis 2019 in fünf Zinsszenarien getroffen wurde.<sup>5</sup> Wie in Tabelle 2 ersichtlich, wird demnach in allen Szenarien im Aggregat ein Rückgang der Profitabilität erwartet.

Negativ wirkt sich dabei vor allem das rückläufige Ergebnis aus dem passivischen Konditionsbeitrag aus, der im Planszenario (im Verhältnis zur Bilanzsumme) bis 2019 um über 40 Prozent sinkt, da die Einlagenzinsen bereits auf einem Tiefstand sind. Es wäre zwar auch ein negativer Zinssatz für Einlagen denkbar, der bereits von manchen Instituten im Bereich der Firmenkunden und für vermögende Privatkunden umgesetzt wird. Jedoch stellt sich hier die Frage, ob dies auch für das breite Einlagengeschäft realisiert werden kann, da der Wettbewerb im deutschen Bankensystem sehr groß ist. Stabilisierend auf den Zinsüberschuss wirkt der aktive Konditionsbeitrag, der im selben Szenario um zehn Prozent steigt. Ob eine Erhöhung der Kreditzinsen zur Ergebnissteigerung umgesetzt werden kann, ist jedoch fraglich. So ist alternativ denkbar, dass Banken ihre Kreditvolumina erhöhen, um den Negativzinsen für Einlagen bei der Europäischen

<sup>5</sup> Als LSI werden die Institute bezeichnet, die von nationalen Behörden beaufsichtigt werden. Abgegrenzt werden sie nach fünf Kriterien, unter anderem einem Bilanzsummenkriterium von unter 30 Milliarden Euro (Amtsblatt der Europäischen Union 2013: 75 f.).

Zentralbank zu entgehen und aufgrund des starken Wettbewerbs dabei ihre Kreditkonditionen nach unten anpassen (Deutsche Bundesbank und BaFin 2015: 4).

Die verminderte Profitabilität wirkt sich zunächst nicht direkt auf die Widerstandsfähigkeit der Banken aus, allerdings wird deren Möglichkeit begrenzt, intern Eigenkapital durch thesaurierte Gewinne zu generieren. Insbesondere für Sparkassen und Genossenschaftsbanken ist dies von Bedeutung, da der Eigenkapitalaufbau bei diesen Instituten fast ausschließlich durch Gewinnthesaurierung erfolgt (Deutsche Bundesbank 2015a: 55). Auch vor dem Hintergrund der Ertragsstabilisierung durch eine gesteigerte Kreditvergabe spielt der Eigenkapitalaufbau eine Rolle, da zusätzliche Kredite durch regulatorisches Eigenkapital unterlegt werden müssen. Die Umfrage verdeutlicht jedoch auch, dass kleine und mittelgroße Banken über einen ausreichenden Kapitalpuffer und stille Reserven verfügen, um Verluste aus dem Niedrigzinsumfeld im Prognosezeitraum verkraften zu können (Deutsche Bundesbank und BaFin 2015: 5).

Die Ergebnisse der Umfrage stützen somit die naheliegende empirische Erkenntnis, dass Banken, die Reserven bilden, weniger anfällig für finanzielle Notlagen und krisenfester aufgestellt sind (Bornemann et al. 2014). Diese Erkenntnisse sind auch in einer aktuellen Debatte bei einer Sparkasse in einer deutschen Großstadt relevant, bei der die Reservenbildung durch die Dotierung offener Vorsorgereserven durch den Vorstand, gegen den Willen von Teilen des Verwaltungsrates, in Frage steht (Mussler 2015). Nichtsdestotrotz wird die Widerstandsfähigkeit der Institute auf Dauer beeinträchtigt und die Anfälligkeit gegenüber makroökonomischen Schocks steigt, falls sie über einen längeren Zeitraum kein ausreichendes Eigenkapital aufbauen können. Darüber hinaus ist denkbar, dass Banken, wie in der Vergangenheit bereits geschehen, stille Reserven auflösen, um ihre Erträge zu glätten (Bornemann et al. 2012). Die Widerstandsfähigkeit wird dabei jedoch nur beeinträchtigt, wenn auch eine entsprechende Gewinnausschüttung erfolgt.

Neben der oben angeführten Umfrage zum Niedrigzinsumfeld unter kleinen und mittelgroßen Banken hat die Deutsche Bundesbank Mitte 2014 bei diesen Instituten einen Makrostresstest über einen Zeithorizont von zehn Jahren durchgeführt, um die Folgen von vier unterschiedlichen Zinsszenarien auf die Ertragsaussichten der Banken in der langen Frist einzuschätzen. Im Basisszenario wird eine marktbasierende Prognose der Zinsentwicklung unterstellt, bei der die kurz- und langfristigen Zinsen ansteigen und sich langsam annähern. In Szenario 1 wird von einer unveränderten Zinsstrukturkurve ausgegangen, wohingegen diese in Szenario 2 als vollkommen flach angenommen wird. In Szenario 3 kommt es zu einer Drehung der Zinsstrukturkurve und die kurzfristigen Zinsen steigen abrupt um 3,5 Prozentpunkte, die langfristigen erhöhen sich im Anschluss nur langsam. Die Auswirkungen auf die Zinsspanne werden in Abbildung 7 illustriert.

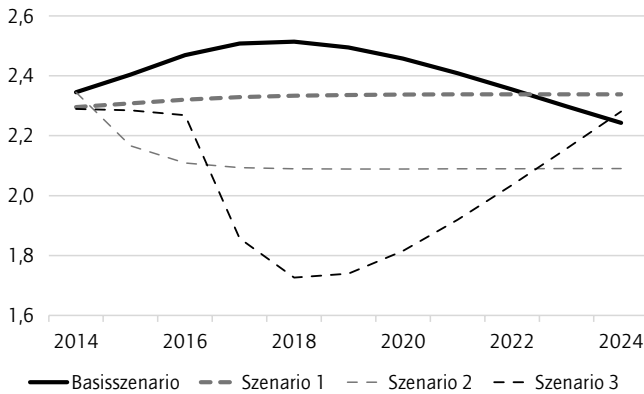
Offenbar hat das Szenario eines abrupten Anstiegs der Zinsen die deutlichsten Auswirkungen auf die Ertragslage der betrachteten Institute. In diesem Szenario fallen im Prognosezeitraum maximal neun Prozent der betrachteten Banken aus, wobei es sich hierbei überproportional häufig um Institute aus dem privatwirtschaftlichen Sektor handelt (Deutsche Bundesbank 2014b: 48 ff.).

Insgesamt lässt sich demnach festhalten, dass kleine und mittelgroße Banken zunehmend durch das Niedrigzinsumfeld belastet werden. Zwar sind bisher keine Anzeichen für eine erhöhte Risikoübernahme in der Kreditvergabe ersichtlich, jedoch wurden durch die Erhöhung der Fristen-

Abbildung 7

**Median der Zinsspanne kleiner und mittlerer deutscher Banken**

In Prozent



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Deutsche Bundesbank 2014b, S. 49.

transformation die am Baseler Zinsrisikokoeffizienten gemessenen ZÄR erhöht. Hierdurch sind die Institute verwundbarer gegenüber einem Zinsschock.

## 4 Handlungsoptionen

Im anhaltenden Niedrigzinsumfeld sind sowohl Kreditinstitute als auch Aufsichtsbehörden gefordert, aktiv nach Handlungsoptionen zu suchen. Andreas Dombret, Vorstand der Deutschen Bundesbank und zuständig für die Bankenaufsicht, fordert die Banken zum Gegensteuern auf: „Ein Aussitzen der derzeitigen Lage [wäre] für die befragten Kreditinstitute verantwortungslos, für manche davon ja sogar gefährlich“ (Deutsche Bundesbank 2015d).

### 4.1 Handlungsoptionen aus der Sicht der Kreditinstitute

Aufgrund der geminderten Zinsmarge verliert der Zinsüberschuss als Ertragsquelle für Kreditinstitute an Bedeutung. Erträge müssen zukünftig aufgrund der aktuellen und vielleicht noch länger andauernden Niedrigzinssituation vermehrt unabhängig vom Zinsniveau erwirtschaftet werden. Da sich die (risikobehaftete) Strukturmargin, wie bereits beschrieben, bestenfalls stabilisieren lassen würde, werden in diesem Abschnitt die Frage der möglichen Reduktion der Zinsabhängigkeit des Geschäfts im Allgemeinen und andere Wege zur Verbesserung der Ertragslage behandelt.

Eine Möglichkeit ist der Ausbau des bereits in Abschnitt 2 beschriebenen risikoärmeren Provisionsgeschäfts, das in den letzten Jahren durchschnittlich zu circa 21 Prozent zu den operativen Erträgen beitrug. Wenngleich die Zinserträge derzeit noch stabil sind, liegt der Anteil des

Provisionsüberschusses mit 24,6 Prozent aktuell bereits über dem langfristigen Durchschnitt (Deutsche Bundesbank 2015b: 53 f.). Das Provisionsgeschäft gewinnt vor allem für Sparkassen und Genossenschaftsbanken an Bedeutung. In den vier Feldern Wertpapiere, Versicherungen, Zahlungsverkehr und Kartengeschäft lassen sich hierbei Zusatzerträge generieren (Mihm 2014). Die Attraktivität von Versicherungen ist im Zuge des Niedrigzinses und des gesunkenen Garantiezinses zurückgegangen; Investitionen in Wertpapiere steigen. Auf lange Sicht müssen sich Firmen- und Privatkunden auf steigende Gebühren für Bankdienstleistungen einstellen, wobei das Ertragspotenzial der Kreditinstitute bedingt durch den Wettbewerb in der Finanzbranche jedoch begrenzt ist. Erhöhte Gebühren für Kreditkarten, höhere Zinsen für Dispositionskredite oder kostenpflichtige Girokonten sind langfristig nur durchsetzbar, wenn die Gebührenerhöhung in der Finanzbranche geschlossen durchgeführt wird. Durch den demografischen Wandel sinkt die zahlungsbereite Bevölkerung und online-affine Kunden wechseln zu oftmals preisgünstigeren Direktbanken.

Neben dem Ausbau des Provisionsgeschäfts zur Stabilisierung der Ertragsseite suchen Kreditinstitute in ihren Organisationsstrukturen und Prozessen nach Kostensenkungspotenzialen. Die Anzahl an Filialen und Zweigstellen ist in den letzten Jahren gewiss nicht allein als Reaktion auf das niedrige Zinsniveau zurückgegangen. Auch die rückläufige Kundennachfrage, der demografische Wandel und das veränderte Kundenverhalten im Zuge der Digitalisierung sind Gründe für den Filialrückgang (Dapp 2014). Betroffen ist das dichte Netz der regional fokussierten Sparkassen und Genossenschaftsbanken, aber auch bei den Kreditbanken ist eine Ausdünnung zu beobachten. Seit Senkung des Leitzinses im Jahr 2009 sind absolut betrachtet insgesamt 2 149 Bankstellen in Deutschland geschlossen worden. Das Netz der Sparkassen ist am stärksten betroffen. Sie verzichteten im Zeitraum von 2009 bis 2014 auf ungefähr sieben Prozent ihrer Filialen. Die genossenschaftlichen Institute bauten bislang 1,4 Prozent ab (Deutsche Bundesbank 2014a; Deutsche Bundesbank 2009). Verbunden mit dem Schließen zahlreicher Filialen ist der Personalabbau. Stellen werden gestrichen oder in Servicegesellschaften ausgelagert. Die beiden größten deutschen Institute kündigten derartige Maßnahmen an. Die Commerzbank streicht deutschlandweit 3 900 Stellen (Hübner 2014). Die Deutsche Bank baut 3 200 Stellen im Privat- und Firmenkundengeschäft ab und bündelt zusätzlich Stellen in einer Dienstleistungsgesellschaft (o. V. 2015).

Grundsätzlich kann es mit länger andauerndem Niedrigzinsumfeld zu Anpassungen in der Struktur des Finanzsektors kommen. Über Fusionen können Kosten reduziert und Institute wettbewerbsfähiger gemacht werden. Nach Ansicht der Aufsichtsbehörden wird die Vielfalt im Bankensektor erhalten bleiben, aber die Anzahl an Instituten, vor allem an globalen Instituten, zurückgehen. Generell werden eher strategisch begründete Zusammenschlüsse von Instituten mit ähnlichem Geschäftsmodell zu beobachten sein, wie die geplante Fusion der WGZ Bank und der DZ Bank. Von der Aufsicht soll ein effizienzfördernder Wettbewerb im Bankensektor forciert werden, der auch zu Marktaustritten von ertragsschwachen Instituten mit Solvenzproblemen führen kann (Deutsche Bundesbank 2015a: 58, Hübner und Jones 2014).

Vor diesem Hintergrund müssen die Geschäftsmodelle der Banken neu ausgerichtet werden. Noch profitieren Institute von den langfristig vergebenen Krediten zu hohen Zinsen, jedoch werden die Auswirkungen der fehlenden Zinsmarge mit der Zeit stärker spürbar. Im Jahr 2014 betrug die Brutto-Zinsmarge über alle Kreditsegmente im Bestandsgeschäft 3,2 Prozent. Die des Neugeschäfts lag mit zwei Prozent deutlich darunter (Deutsche Bundesbank 2015b: 49). Es ist zu erwarten, dass sich die Zinsmarge des Bestandsgeschäfts mit länger anhaltendem Niedrig-



zinsumfeld an die des Neugeschäfts annähert. Das in großen Teilen auf Fristentransformation basierende Geschäftsmodell der Sparkassen und Genossenschaftsbanken ist am stärksten von den niedrigen Zinsen betroffen. Die Sparkassen versorgen gemäß ihres öffentlichen Auftrags die Bevölkerung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen. Die Genossenschaftsbanken haben einen Auftrag zur Förderung ihrer Mitglieder. Eine Umstrukturierung dieser Geschäftsmodelle auf Verbandsebene ist im Vergleich zu Großbanken daher nur begrenzt möglich. Sie werden weiterhin in großem Maße von ihrem Kerngeschäft, dem Einlagen- und Kreditgeschäft, abhängig sein. Einzelne Institute haben dennoch die Möglichkeit, den Fokus auf bestimmte Geschäftsfelder zu richten. Denkbar wäre beispielsweise die Investition in Geldmarkttitel und liquide Wertpapiere im Sinne eines Geldmarktfonds anstelle des traditionellen Kreditgeschäfts – mit den aus der Finanzkrise bekannten Risiken des „Kreditersatzgeschäfts“.

#### 4.2 Handlungsoptionen aus der Sicht der Regulatoren

Die Regulierungs- und Aufsichtsbehörden sind gefordert, auch bei andauerndem Niedrigzins die Überlebensfähigkeit der Kreditinstitute sicherzustellen. Die Aufsicht wird besonders risikofähige Kreditinstitute einem intensiven Monitoring unterziehen. Falls notwendig, werden gesonderte Risikoanalysen durchgeführt und in Einzelfällen zusätzliche aufsichtliche Maßnahmen ergriffen, wie die Festlegung von Kapitalaufschlägen, Verbote von Ausschüttungen oder Boni.

Mit den im April 2016 erschienenen neuen Standards „Interest Rate Risk in the Banking Book“ des Baseler Ausschusses (2016) wird für die Behandlung von ZÄR nun nach ungefähr zehn Jahren ein überarbeiteter Regulierungsansatz vorgeschrieben. Die Regelungen sind spätestens 2018 von allen großen, international tätigen Banken anzuwenden. Es bleibt den nationalen Aufsichtsbehörden überlassen, die Standards gleichermaßen für kleinere Institute vorzuschreiben.

Maßgeblich für das Risikomanagement des Anlagebuchs sind bislang die im Jahre 2004 vom Baseler Ausschuss und von der Europäischen Bankenaufsicht erlassenen Anforderungen „Principles for the Management and Supervision of Interest Rate Risk“. Auch nach den neuen Standards ist das ZÄR im Anlagebuch im Rahmen des Überwachungsprozesses Säule 2 zugeordnet. Demnach müssen Banken ein durch die Aufsicht genehmigtes, internes Risikomesssystem etablieren, um ZÄR adäquat identifizieren, messen, überwachen und steuern zu können. In Säule 2 werden keine expliziten Vorgaben hinsichtlich der Quantifizierung des ZÄR gemacht, sondern lediglich grundlegende Konzepte beschrieben, nach denen die Adäquanz der internen Modelle im Überprüfungsprozess beurteilt werden kann. Zur Identifikation von Instituten mit vergleichsweise hohen ZÄR im Anlagebuch, nutzt die Aufsicht, wie bereits in Abschnitt 3 beschrieben, die Methode des Baseler Zinsrisikoeffizienten (BCBS 2004).

Im vorangegangenen Konsultationspapier „Interest Rate Risk in the Banking Book“ des Baseler Ausschusses (2015) wurde eine zusätzliche Erfassung des ZÄR im Anlagebuch in Säule 1 und somit eine obligatorische Unterlegung mit Eigenkapital vorgeschlagen. Es werden nun aber weiterhin lediglich die ZÄR im Handelsbuch als Marktpreisrisiken in die Berechnung regulatorischer Mindestkapitalanforderungen entsprechend der ersten Säule des Baseler Rahmenwerks einbezogen. Durch die einseitige Unterlegungspflicht besteht je nach Zuordnung einzelner Zinspositionen die Möglichkeit zur Einflussnahme auf das erforderliche Eigenkapital. Der Vorschlag des Konsultationspapiers wäre in Anbetracht der aus sachlicher Perspektive fehlenden Begründung für eine Zuordnung zu Säule 2 zu begrüßen gewesen (Pfingsten et al. 2005: 491 f.). Die

Möglichkeit zu Regulierungsarbitrage durch Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Handelsbeziehungsweise Anlagebuch hätte so beseitigt werden können.

Die wesentlichen Neuerungen des beschlossenen erweiterten Säule-2-Ansatzes (sogenannter „harter Säule-2-Ansatz“) bestehen in genaueren Vorgaben zum Management von ZÄR im Anlagebuch, zu den Offenlegungspflichten und zum aufsichtlichen Überwachungsprozess. Die Ermittlung des ZÄR im Anlagebuch hat wie bisher auf Basis eines internen Modells zu erfolgen. Statt des bisher geforderten Standardzinsschocks in Höhe von 200 Basispunkten werden jetzt die Auswirkungen sechs verschiedener Zinsszenarien auf die Cashflows analysiert. Jedes Szenario muss mit speziell von der Aufsicht vorgegebenen Parametern kalibriert werden. Dies stellt für die Institute einen größeren Aufwand dar. Eine weitere Neuerung ist die vorgeschriebene Berechnung und Offenlegung des ZÄR für die verschiedenen Zinsszenarien nicht allein mittels einer ökonomischen Risikokennzahl (Economic Value of Equity, EVE), sondern der kombinierten Anwendung mit einer periodischen Kennzahl (Net Interest Income, NII). NII untersucht die Auswirkungen auf das periodische Zinsergebnis, wobei die Betrachtung lediglich statisch erfolgt. Die Risikogröße wird daher mit einem Basisrisikoaufschlag adjustiert. Der bislang vorgeschriebene EVE nutzt zur Risikomessung eine Barwertbetrachtung des Zinsbuches mit den aktuellen Zinskurven. Durch diese Vorgehensweise werden Bewertungseffekte eines Finanzinstruments auf das periodische Ergebnis vernachlässigt. Um die Vorteile beider Methoden zu nutzen, werden sie parallel angewendet. Ziel ist es, trotz institutsspezifischer Modelle eine konsistente Basis zu schaffen und somit eine bessere Vergleichbarkeit herzustellen (BCBS 2016).

Alternativ zu der Verwendung interner Modelle gibt der Baseler Ausschuss ein Standardverfahren zur Quantifizierung von ZÄR im Anlagebuch vor, das von nationalen Aufsichtsbehörden für einzelne Institute vorgeschrieben werden kann. Insgesamt steht fest, dass die Institute mit Umsetzung der neuen Standards mit deutlich höheren Anforderungen hinsichtlich der internen Risikomessung und -steuerung des ZÄR im Anlagebuch rechnen müssen, diese jedoch geringer sind als nach dem Konsultationspapier zu erwarten gewesen wäre.

Momentan zeigen sich das Zinsergebnis und das operative Ergebnis stabil, jedoch ist abzusehen, dass das niedrige Zinsniveau das Ergebnis mit der Zeit stärker beeinflussen wird. Im ohnehin problematischen Niedrigzinsumfeld drohen den Kreditinstituten durch die stärkere Regulierung weitere Kosten und mit der eingeschränkten Fristentransformation einhergehende weitere Ertragsminderungen. Die Aufgabe der Regulierungs- und Aufsichtsbehörden ist es, die Institute auf ihrem Weg durch das Niedrigzinsumfeld zu begleiten. Die Eigenkapitalausstattung kleiner und mittelgroßer Institute wird angesichts der drohenden Verluste aus der Niedrigzinsphase als ausreichend beurteilt. Demnach ist darauf zu achten, dass die zusätzlichen regulatorischen Anforderungen als Reaktion auf die Niedrigzinsphase zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Institute beitragen und keine übermäßige Belastung darstellen. Eine erste Maßnahme ist mit dem schnellen Beschluss der neuen Baseler Standards auf den Weg gebracht.

## 5 Fazit und Ausblick

In diesem Beitrag wurde untersucht, welche Auswirkungen die anhaltende Niedrigzinsphase vor dem Hintergrund von ZÄR, vor allem im Anlagebuch, auf die Ertragslage und Bestandsfestigkeit deutscher Kreditinstitute tatsächlich hat. Diese Fragestellung erwies sich insbesondere für den

Sparkassen- und den Genossenschaftssektor als bedeutend, für die das Zinsgeschäft die zentrale Ertragsquelle darstellt. Dabei hat vor allem auch die Strukturmarke aus dem Kredit- und Einlagengeschäft einen hohen Stellenwert.

Es zeigte sich, dass trotz der seit 2009 anhaltend niedrigen Zinsen die Ertragslage deutscher Banken bislang insgesamt robust blieb. Es ist jedoch abzusehen, dass die Zinsspanne zukünftig noch stärker unter Druck geraten wird. Derzeit profitieren Banken noch von den höheren Margen der langfristigen Kredite aus dem Bestandsgeschäft, welche jedoch sukzessive auslaufen und mit der Zeit durch das geringer verzinste Neugeschäft ersetzt werden. Um stabile Zinsmargen zu erzielen, haben Kreditinstitute deswegen zuletzt bereits verstärkt Fristentransformation betrieben und damit höhere ZÄR in Kauf genommen.

Vor allem bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken ist der Baseler Zinsrisikokoeffizient, durch den sich ZÄR, vor allem im Anlagebuch, quantifizieren lassen, in den letzten Jahren deutlich (um drei Prozentpunkte) angestiegen. Für Kreditbanken hingegen hat sich der Zinsrisikokoeffizient trotz des niedrigen Zinsniveaus kaum geändert. Dies vermag insbesondere in der intensiven Nutzung von derivativen Instrumenten zur Absicherung von ZÄR durch letztgenannte Banken begründet liegen.

Die Handlungsoptionen für Kreditinstitute sind indes begrenzt. Zwar ließe sich der operative Ertrag in Teilen durch eine Erhöhung des Provisionsüberschusses aufbessern, doch sind steigende Gebühren in dem aktuellen Wettbewerbsumfeld der Finanzdienstleistungsbranche und aufgrund einer geringen Zahlungsbereitschaft der Bankkunden nur in Maßen durchsetzbar. Ein zukünftig vermehrter Wechsel von online-affinen Kunden zu preisgünstigeren Direktbanken oder zu den immer stärker in den Markt dringenden FinTechs könnte eine mögliche Konsequenz sein.

Wenngleich gezeigt wurde, dass es bei der Ausweitung des Kreditvolumens bisher noch zu keiner Herabsenkung der Kreditvergabestandards gekommen ist, kann sich dieser Bereich in Zukunft dennoch kritisch in Bezug auf die Risikotragfähigkeiten von Banken entwickeln. Denn hält die Niedrigzinsphase weiter an, besteht für Banken der Anreiz, Kredite an Kunden mit geringerer Bonität zu vergeben und damit ein höheres Ausfallrisiko einzugehen. Folglich zeichnet sich auch vor diesem Hintergrund ein deutlicher Handlungsbedarf ab.

Insgesamt hat besonders die Regulierung von ZÄR im Anlagebuch stark an Bedeutung gewonnen. Bisher ist keine Eigenmittelunterlegung im Rahmen der Säule 1 der Baseler Regelungen vorgesehen. Dies wird sich auch mit den jüngst im April 2016 eingeführten Standards des Baseler Ausschusses nicht ändern. Vielmehr wurde der Säule-2-Ansatz verschärft, der ab 2018 zumindest durch große, international tätige Banken verbindlich anzuwenden ist. Obwohl die im vorangegangenen Konsultationspapier diskutierte Säule-1-Regulierung von ZÄR im Anlagebuch potenziell mit hohen Kosten für Kreditinstitute verbunden ist, kann, wie der Makrostresstest gezeigt hat, eine obligatorische Unterlegung mit Eigenkapital für die Bestandsfestigkeit einiger Banken wesentlich sein. Ein Szenario vergleichbar mit dem der US-amerikanischen Savings-and-Loan-Krise der 1980er Jahre ist im Rahmen der Niedrigzinsphase sonst durchaus nicht ausgeschlossen.

## Literaturverzeichnis

- Amtsblatt der Europäischen Union (2013): Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank.
- Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) (2004): Principles for the management and supervision of interest rate risk. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Download unter: [www.bis.org/publ/bcbs108.pdf](http://www.bis.org/publ/bcbs108.pdf) (Stand: 29.04.2016).
- Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) (2014): Basel III: the Net Stable Funding Ratio. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Download unter: [www.bis.org/bcbs/publ/d295.pdf](http://www.bis.org/bcbs/publ/d295.pdf) (Stand: 08.02.2016).
- Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) (2015): Interest rate risk in the banking book – consultative document. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Download unter: [www.bis.org/bcbs/publ/d319.pdf](http://www.bis.org/bcbs/publ/d319.pdf) (Stand: 08.02.2016).
- Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) (2016): Interest rate risk in the banking book. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Download unter: [www.bis.org/bcbs/publ/d368.pdf](http://www.bis.org/bcbs/publ/d368.pdf) (Stand: 26.04.2016).
- Bornemann, Sven, Susanne Homölle, Carsten Hubensack, Thomas Kick und Andreas Pfingsten (2014): Visible Reserves in Banks – Determinants of Initial Creation, Usage and Contribution to Bank Stability. In: *Journal of Business Finance & Accounting*, 41 (5-6), 507–544.
- Bornemann, Sven, Thomas Kick, Christoph Memmel und Andreas Pfingsten (2012): Are Banks Using Hidden Reserves to Beat Earnings Benchmarks? Evidence from Germany. *Journal of Banking & Finance*, 36 (8), 2403–2415.
- Branger, Nicole und Christian Schlag (2004): *Zinsderivate – Modelle und Bewertung*. Berlin u. a. O., Springer.
- Busch, Ramona und Christoph Memmel (2014): Quantifying the components of the banks' net interest margin. Deutsche Bundesbank Discussion Paper No 15/2014.
- Dapp, Thomas-Frank (2014): Der digitale Strukturwandel im Finanzsektor. Deutsche Bank Research, 20. November 2014.
- Deutsche Bundesbank (2009): Bankstellenbericht 2009. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2012): Die Rolle des „Baseler Zinsschocks“ bei der bankaufsichtlichen Beurteilung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch. Monatsbericht Juni 2012, 55–65.
- Deutsche Bundesbank (2014a): Bankstellenbericht 2014. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2014b): Finanzstabilitätsbericht 2014. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2015a): Strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor. Monatsbericht April 2015, 33–59.
- Deutsche Bundesbank (2015b): Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2014. Monatsbericht September 2015, 43–77.
- Deutsche Bundesbank (2015c): Finanzstabilitätsbericht 2015. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2015d): Ergebnisse der Umfrage zur Ertragslage und Widerstandsfähigkeit deutscher Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld, Pressenotiz. Download unter: [www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2015/2015\\_09\\_18\\_bafin\\_bbk.html](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2015/2015_09_18_bafin_bbk.html) (Stand: 30.5.2016).
- Deutsche Bundesbank und BaFin (2015): Ertragslage und Widerstandsfähigkeit deutscher Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld, Download unter: [www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2015/2015\\_09\\_18\\_bafin\\_bbk.html](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2015/2015_09_18_bafin_bbk.html) (Stand: 9.2.2016).

- Hartmann-Wendels, Thomas, Andreas Pfingsten und Martin Weber (2015): Bankbetriebslehre. 6. Aufl. Berlin u. a. O., Springer.
- Hellwig, Martin (1994): Liquidity Provision, Banking, and the Allocation of Interest Rate Risk. *European Economic Review*, 38 (7), 1363–1389.
- Hübner, Alexander (2014): Commerzbank streicht bis 2016 mehr als 5000 Stellen. Download unter: <http://de.reuters.com/article/deutschland-commerzbank-idDEBEE95104B20130619> (Stand: 16.2.2016).
- Hübner, Alexander und Kathrin Jones (2014): Deutschlands Banken erwarten lange Durststrecke. Download unter: <http://de.reuters.com/article/europa-banken-konsolidierung-idDEKCN0J11OW20141117> (Stand: 5.3.2016).
- Kaufman, George (2004): What Have We Learned from The Thrift and Banking Crisis of the 1980s? In: James R. Barth, Susanne Trimbath und Glenn Yago (Hrsg.): *The Savings and Loan Crisis: Lessons from a Regulatory Failure*. Milken Institute, Santa Monica, CA, 1–14.
- Levey, Ken (2008): Beyond Funds Transfer Pricing to Actionable Decision-Making. *Journal of Performance Management*, 21, 10–20.
- Memmel, Christoph (2011): Banks' exposure to interest rate risk, their earnings from term transformation, and the dynamics of the term structure. *Journal of Banking & Finance*, 35 (2), 282–289.
- Mihm, Oliver (2014): Zinstief verlangt von Banken neue Ideen im Privatkundengeschäft. Download unter: [www.boersen-zeitung.de/index.php?li=1&artid=2014008007](http://www.boersen-zeitung.de/index.php?li=1&artid=2014008007) (Stand: 19.2.2016).
- Mussler, Hanno (2015): Die Sparkassen als Spielball der Politik. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Download unter: [www.faz.net/aktuell/finanzen/sparkassen-check/sparkassen-check-die-sparkassen-als-spielball-der-politik-13902948.html](http://www.faz.net/aktuell/finanzen/sparkassen-check/sparkassen-check-die-sparkassen-als-spielball-der-politik-13902948.html) (Stand: 22.2.2016).
- o. V. (2015): Deutsche Bank, Institut streicht jeden vierten Job in Privatkundensparte. Download unter: [www.wiwo.de/unternehmen/banken/deutsche-bank-institut-streicht-jeden-vierten-job-in-privatkundensparte/12635918.html](http://www.wiwo.de/unternehmen/banken/deutsche-bank-institut-streicht-jeden-vierten-job-in-privatkundensparte/12635918.html) (Stand: 18.2.2016).
- Pfingsten, Andreas, Rolf Böve und Dennis Herberg (2005): Die Behandlung der Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs in Basel II. *Die Unternehmung*, 59 (6), 489–502.
- Schierenbeck, Henner, Michael Lister und Stefan Kirmße (2014): *Ertragsorientiertes Bankmanagement – Band 1: Messung von Rentabilität und Risiko im Bankgeschäft*. 9. Aufl. Wiesbaden, Springer.
- Schnabel, Isabel (2014): Das europäische Bankensystem: Bestandsaufnahme und Herausforderungen. *Wirtschaftsdienst*, 94 (13), 6–10.
- White, Lawrence J. (2004): The Savings and Loans Debacle: A Perspective from the Early Twenty-First Century. In: James R. Barth, Susanne Trimbath und Glenn Yago (Hrsg.): *The Savings and Loan Crisis: Lessons from a Regulatory Failure*. Milken Institute, Santa Monica, CA, 15–30.